wadi

Weihnachtsrundbrief 2015

A mile in their shoes.

Seit Sommer 2014 arbeitet Falah Muradkhin Shakrm, Projektleiter von WADI in Irakisch-Kurdistan, mit jesidischen Rückkehrerinnen, die vom Islamischen Staat verschleppt und versklavt worden waren. Dabei hat er nicht nur ihre Lebensgeschichten festgehalten, er hat sie jeweils darum gebeten, ein Foto zu machen. Die meisten Frauen und Mädchen schämen sich und möchten nicht fotografiert werden. Falah hat daher begonnen ihre Füße und Schuhe zu dokumentieren – die Schuhe, in denen sie dem IS entkommen sind. Daraus ist u.a. eine Ausstellung entstanden, die u.a. in Edinburgh gezeigt wurde und auf das Schicksal der versklavten Jesidinnen aufmerksam macht.
Schuhe haben aber auch eine andere Bedeutung: Während des arabischen Frühlings hielten Demonstranten ihre Schuhe hoch, um ihren Regierungen zu zeigen, wie sehr sie sie verachteten. Falah schrieb dazu »Jeder ausgelatschte alte Schuh einer dieser Frauen ist mehr wert, als der gesamte Islamische Staat zusammen«.

Wir dokumentieren einige der Fotos in diesem Rundbrief.

Chaliya (19 Jahre) mit ihrer Schwester Markaz.
Beide, wurden am 3. August 2014 vom IS nach Raqqa in Syrien verschleppt und als Sklavinnen an einen Mann verkauft, der beide wiederholt vergewaltigte. Sie wurden erneut verkauft und schwer misshandelt. Über einen Mittelsmann gelang es Angehörigen, die beiden aus Syrien freizukaufen. Beide leben heute in einem Flüchtlingslager bei Dohuk.

Liebe Freundinnen und Freunde,
liebe Unterstützer,

Rundbrief / Dez. 2015

die Weihnachtsgeschichte fällt aus. Keiner mag sie mehr hören. Wer Weise aus dem Morgenland sucht, der findet sie vor dem Berliner Lageso, wer Schwangere sehen will, die keine brauchbare Herberge für die Niederkunft finden, braucht nur zur nächsten Turnhalle zu gehen. Überall zwischen Raqqa und Regensburg, zwischen Beirut und Babenhausen sind Menschen auf der Flucht, ihre Habe in Tüten und Rucksäcke verpackt. Überall werden auf der Flucht Kinder geboren, im Elend auf Bahnsteigen, in unbeheizten Zelten, im kalten Morast eines umzäunten Lagers in Ungarn, Mazedonien oder Serbien, oder im Schlauchboot - mit mal mehr mal weniger Chancen auf ein menschenwürdiges Leben, abhängig davon, wie zuverlässig der Schlepper, wie bestechlich der Grenzpolizist, wie ruhig die See in der Ägäis gerade ist. Es ist, wie mit jeder Geschichte - sie ist nur solange gut, wie es gelingt, genug (zeitlichen und räumlichen) Abstand zur Wirklichkeit zu wahren, um beispielhaft zu bleiben. Kommt ihr die Wirklichkeit zu nahe, verliert sie ihren Sinn. Als bloßes Abbild des Elends ist auch diese Geschichte nicht mehr als eine Zeitungsmeldung unter vielen - eine Feststellung. Kein Stern geht auf für das Flüchtlingskind in Berlin/Moabit.

Vor genau einem Jahr haben wir in unserem Weihnachtsrundbrief bereits das Elend der Flüchtlinge im Vorderen Orient beschrieben. Geändert hat sich mit der großen Flüchtlingskrise seitdem nur der Abstand, der zwischen uns und ihnen mithilfe »grenzsichernder Maßnahmen«, Radarüberwachung, vorverlagerter Flüchtlingsaufnahme und der »Bekämpfung der Schleuserkriminalität« notdürftig aufrechterhalten wurde. Schon vor 2015 starben Flüchtlinge im Vorderen Orient und auf dem Mittelmeer. Neu war, dass die Grenzsicherung Europas angesichts der schieren Zahl von Flüchtlingen zusammenbrach und Zehntausende die scheinbar unüberwindbare Grenze überschritten. Zum Sinnbild wurden dänische Polizisten, deren Aufgabe es war, hunderte Flüchtlinge von der Einreise nach Dänemark abzuhalten und die kapitulierten, weil sie die dazu erforderlichen Gewaltmittel gegen die ausgezehrten Männer, Frauen und Kinder nicht einsetzen wollten und konnten. Dass seitdem flieht, wer fliehen kann, liegt auch daran, dass lange vor der europäischen Grenzsicherung bereits alle anderen Systeme und Institutionen zusammenbrachen, die die Menschen vor Ort gehalten haben.

Mehr als anderthalb Millionen Flüchtlinge aus dem restlichen Irak und aus Syrien befinden sich im kurdischen Nordirak, große Teile von ihnen in notdürftigen Zeltlagern. Die Mittel, derer es bedarf, wenigstens das zum Überleben notwendigste bereitzustellen, aber gingen bereits Ende 2014 zur Neige. Das Irakprogramm von UNICEF, dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen,

mit dem WADI gemeinsame Projekte zur Unterstützung der vorwiegend jesidischen Flüchtlinge durchführt, befindet sich am Rande der Zahlungsunfähigkeit. In anderen Ländern der Region sieht es nicht besser aus. In Jordanien und dem Libanon wurden die Lebensmittelrationen für Kriegsflüchtlinge halbiert, weil die Mittel fehlen, ausreichend Nahrungsmittel einzukaufen. Im vom Krieg verwüsteten Jemen ist die öffentliche Versorgung mit Elektrizität, Trinkwasser, Nahrungsmitteln und medizinischer Hilfe in ganzen Landesteilen zusammengebrochen. Internationale Hilfe gibt es praktisch nicht. Dass man über die humanitäre Krise dort in Europa wenig hört, liegt auch daran, dass kaum ein Flüchtling aus dem Jemen entkommt. Eingekeilt zwischen Kriegsparteien, Wüste und See ist das Land - einmal mehr - zur Falle geworden.

Dem Zusammenbruch der Nothilfe ging derjenige von Gesellschaften und Institutionen voraus, die den Menschen überhaupt ermöglichten, vor Ort zu leben. Der Da'sh, wie der sog. Islamische Staat vor Ort heißt, ist in Syrien wie dem Irak nur das Symptom eines allgemeinen Zusammenbruchs, nicht dessen Ursache. Seine Stärke zieht der Islamische Staat daraus, dass, wo immer seine Kämpfer auftauchen, alle institutionalisierten Strukturen zusammenbrechen, meist bevor der erste Schuss gefallen ist. Von einem »Vakuum« wird dann gerne gesprochen, in das die Islamisten vorstoßen. Eine gefällige Lüge, denn ein Vakuum ist bekanntlich leer, in Städten wie Mossul oder Raqqa aber leben hunderttausende Menschen. Über Jahrzehnte haben die Diktaturen des Vorderen Orients der Welt vorgegaukelt, starke Staaten zu sein und nicht nur gewalttätige. 2003 konnte die erstaunte Weltöffentlichkeit dann vor den Fernsehbildschirmen beobachten, wie der irakische Ba'th-Staat von heute auf morgen einfach verschwand, während seine Anführer noch vom bevorstehenden Sieg in einer heroischen Schlacht schwadronierten. Nach zweieinhalb Jahrzehnten staatlichen Terrors war im Irak kein Staat mehr vorhanden. Was blieb war Terror.

Unter anderen Vorzeichen hat sich dies in Syrien nun wiederholt. Von der Staatlichkeit ist dem syrischen »Staat« unter Bashir al-Assad neben einem UN-Botschafter und ein paar Staatslimousinen nur die Verfügungsgewalt über militärische Machtmittel geblieben. Wären ihm diese genommen und wären die Menschen, die 2011 auf die Straße gingen, um eine andere Staatlichkeit, um Rechte und Mitgestaltung zu fordern, nicht so hoffnungslos unterlegen und ohne jede Unterstützung geblieben, die Geschichte wäre anders verlaufen. Heute ist das Land kein Staat, sondern eine »War Zone«, das Terrain, auf dem sich die anderen »starken« Staaten, die an der Seite Assads stehen, ebenso wie die Diktaturen, die unter den Augen der Weltöffentlichkeit die islamistischen Milizen militärisch ausrüsteten, am besten auskennen. Wo es aber nur um Geländegewinne, strategische Ziele und das Kappen von Nachschubrouten geht, ist die Bevölkerung nur eine Rechengröße unter vielen: Wieviele Fassbomben braucht es, um ihren Widerstand zu brechen? Wieviele zivile Tote sind in Kauf zu nehmen, ohne die eigene Militärstrategie in der Öffentlichkeit zu delegitimieren? Von einer gerechten Perspektive für

Samia (15) stammt aus Tel Uzair bei Shingal (Sinjar). Am 3. August 2014 wurde das Dorf von Kämpfern des IS eingenommen. Die Bevölkerung wurde in Frauen und Männer, Junge und Alte getrennt. Jungen und Männer wurden erschossen. Die jüngeren Frauen und Mädchen wurden in Busse verladen und nach Mossul verbracht, wo sie in einem Haus mit anderen verschleppten Mädchen gefangen gehalten wurden. Hier wurden sie unter den Kämpfern des IS als Sklavinnen verteilt. Samia und eine Freundin gerieten in die Hände zweier Islamisten in Falujah, die sie zwangen, zum Islam zu konvertieren und vergewaltigten. Nach vier Tagen gelang beiden die Flucht aus dem Haus. Bewohner Falujahs versteckten sie und halfen ihnen, über Bagdad nach Erbil zu fliehen.

die seit 2011 von ihrer Regierung mit Panzern, Fassbomben und Giftgas bekämpften Syrer ist hier kein Platz.

Kein Widerspruch regt sich daher heute gegen das Flächenbombardement auf die »Islamistenhochburg« Raqqa. Dabei kann jeder, der es will, wissen, dass der Islamische Staat die Bevölkerung von Raqqa nicht gefragt hat, ob ihre Stadt die »Hauptstadt des Khalifats« werden soll, sondern dort nur Besatzungsmacht ist. Im März 2013 überrannten Milizen des Da'sh und des lokalen al-Kaida Ablegers Nusra-Front die hoffnungslos unterlegenen Kämpfer der Freien Syrischen Armee in Raqqa. Wenigstens drei Monate brauchten die Islamisten damals, um den Widerstand der Bevölkerung zu brechen, die bis in den Sommer 2013 hinein gegen ihre Besatzer demonstrierten. Seitdem leben sie quasi als Geiseln unter der Diktatur der Islamisten. Heute werden sie als Ziele im »Kampf gegen den Terror« bombardiert. Fast

300.000 Menschen leben in Raqqa. Hinzu kommen seit 2011 zehntausende Flüchtlinge und Vertriebene. Auf sie regnet heute der Bombenteppich der neuen Allianz gegen den Terror.

Wie ein Treppenwitz der Geschichte muss daher erscheinen, dass innerhalb einer Region der starken Staaten ausgerechnet jene Minderheit, der die Staatlichkeit konsequent verwehrt blieb, sich bislang als am widerstandsfähigsten erwiesen hat. In Ermangelung formeller Staatlichkeit sind im kurdischen Nordirak zivile Strukturen entstanden, die der Bevölkerung konkrete Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeiten bieten, für die es sich zu leben und - im Ernstfall - zu kämpfen lohnte. Sinnbild dieses kurdischen Erfolgs sind lokale Initiativen und Organisationen, wie der von WADI seit Jahren geförderte Verein »Nwe« in Halabja, der sich heute unter anderem um arabische und syrische Flüchtlinge in der Stadt kümmert. Oder die von WADI geförderte Frauenrechtsorganisation »WoLA«, die sich erfolgreich für den rechtlichen Schutz von Frauen und Mädchen vor männlicher Gewalt einsetzt.

Doch auch die kurdische »Erfolgsgeschichte« ist bedroht. Irakisch-Kurdistan steckt inmitten der schwersten politischen und ökonomischen Krise seit Bestehen der Autonomieregion. Der Streit zwischen den kurdischen Parteien KDP (Kurdische Demokratische Partei), PUK (Patriotische Union Kurdistans) und Goran (Wandel) hat zum Zusammenbruch der gemeinsamen Regierung geführt. Als Folge der wachsenden Auseinandersetzungen mit der irakischen Zentralregierung sowie des stetig sinkenden Ölpreises sind große Teile der Einnahmen der Region weggebrochen, mit der Folge, dass Beamte seit Monaten kein Gehalt beziehen. Die Kehrseite der Klientelwirtschaft, die von den kurdischen Parteien seit Jahren mit Petrodollars betrieben wird, zeigt sich im Moment, in dem das Geld ausbleibt. Die Bevölkerung misstraut den Parteien, die ihre Versprechen nicht mehr halten, und die Parteien misstrauen der Bevölkerung.

Nach Jahren des Wachstums und der schrittweisen Demokratisierung macht sich daher Ernüchterung breit. Eine Ernüchterung, die sich auch aus einem Mangel an Perspektiven speist. Die irakischen Kurden haben nicht nur strategisch vom Sturz Saddam Husseins profitiert, weil sie damit zugleich ihren schlimmsten Feind loswurden. Die Vorstellung eines Vorderen Orients, in dem monolithische Diktaturen durch demokratische Gemeinwesen abgelöst werden könnten, war ein über alle Parteigrenzen geteilter Narrativ, der auch für die Demokratisierung im Inneren der kurdischen Region eine entscheidende Rolle spielte. Sie beinhaltete die Hoffnung, das Leben könnte vielleicht schon für die eigenen Kinder ein besseres sein. Alleine dies ließ es lohnenswert erscheinen, trotz Korruption, familiärer und religiöser Zwänge, traditionell verbrämter Gewalt und latenter Kriegsdrohungen zu bleiben und sich zu engagieren. Heute erleben dieselben Menschen, wie um sie herum die Diktaturen wieder erstarken. Der Iran, der einen entscheidenden Anteil am

Scheitern des Wiederaufbaus im Irak hat und in Syrien mit Revolutionsgardisten und ihrem Proxy Hizbollah an der Seite Assads gegen die Bevölkerung kämpft, wird sukzessive rehabilitiert. Im »Kampf gegen Terror« rüstet die US-Armee schiitische Milizen aus, die nur wenige Kilometer von der kurdischen Autonomieregion entfernt einen Terror ausüben, der dem des Islamischen Staates wenig nachsteht.

Im kurdischen Nordirak geht den demokratischen Initiativen derweil das Geld aus. Ausgerechnet hier, wo in den vergangenen Jahren mit vergleichsweise bescheidenen Mitteln viel bewegt wurde, wo sich Menschen frei zu Initiativen und Parteien zusammenschließen können und eine relativ freie Presse existiert, wird derzeit wenig getan, die Krise zu bewältigen. Für WADI und die von uns geförderten Projekte bedeutet dies konkret, dass zum jetzigen Zeitpunkt ein Großteil der Finanzierung laufender Programme im kommenden Jahr nicht gesichert ist. Dazu zählen Programme, wie jene für jesidische Flüchtlinge, für Mädchen und Frauen, die vom Islamischen Staat verschleppt und versklavt wurden, Projekte der Gesundheitsaufklärung und der Kampf gegen Genitalverstümmelung.

Wie wichtig diese Arbeit ist, möchten wir Ihnen am Beispiel des Jinda-Zentrums für jesidische Frauen und Mädchen zeigen. Die Geschichten der hier betreuten Frauen mögen dieses Jahr die Weihnachtsgeschichte ersetzen. Denn sie erzählen von einer Hoffnung, die man andernorts derzeit vergeblich sucht - eine Hoffnung, die sich nicht aus einem göttlichen Versprechen im Jenseits speist, sondern aus dem Willen jener, die durch die Hölle gehen mussten, weiterzuleben.

Ihnen, all unseren Unterstützern und Freunden, danken wir sehr für die große Unterstützung, die unserer Arbeit im vergangenen Jahr zuteil wurde. Nie zuvor hat die Arbeit von WADI und unseren Partnerorganisationen vor Ort einen so breiten Zuspruch erfahren. Stellvertretend für viele andere danken wir der Deutschen Schule Brüssel, die für jesidische Flüchtlinge gesammelt hat, und der Fakultätsvertretung der Geisteswissenschaften an der Universität Wien.

Wir wünschen Ihnen und Ihren Familien glückliche Feiertage.

Das Titelbild zeigt Ikhlas, ein 14-jähriges Mädchen aus der Region Shingal (Sinjar). In ihrem Dorf wurde sie Jamila genannt, die »Schöne«. Am 3. August 2014 fiel Ikhlas zusammen mit einer größeren Gruppe von Jesiden, die vor dem IS flohen, Kämpfern der Miliz in die Hände. Die Islamisten schossen in die Menge, Ikhlas wurde verschleppt und über Mossul nach Raqqa gebracht. Dort wurde sie zur Sklavin eines Islamisten, der sich Abu Mohammed Rani nannte. »Er kam und schrieb seinen Namen auf meine Hand.« Ikhlas wurde von diesem Abu Mohammed sexuell missbraucht.

Zurück ins Leben

Mehr als 5.000 Frauen und Mädchen verschwanden beim Einmarsch des Islamischen Staates in die nordirakischen Ninive-Ebene im Sommer 2014. Die meisten von ihnen waren Jesidinnen, die als Sklavinnen an die Kämpfer der Islamistenmiliz verteilt oder verkauft wurden. Seit die ersten von ihnen zu ihren Familien zurückkehrten, nimmt das Leid, das den Jesidinnen zugefügt wurde, Gestalt an. Frauen und Mädchen wurden vielfach vergewaltigt und wie Vieh gefangen gehalten. Mittlerweile ermittelt der Internationale Strafgerichtshof wegen des gezielten Einsatzes sexueller Gewalt zur Kriegsführung. Rund 2.000 der Verschleppten konnten bislang befreit oder freigekauft werden. Anderen gelang die Flucht. Seit 2014 hilft WADI den Rückkehrerinnen in Flüchtlingscamps im kurdischen Nordirak mit Mobilen Teams. Im Sommer 2015 öffnete das Jinda-Center in Dohuk. In dem von UNICEF finanzierten Zentrum wird 400 jungen Frauen und Mädchen geholfen, ins Leben zurückzufinden.

JINDA
ژیندا
بو ئافرەت و کچێن زەرەرمەند ل شەرادا
للنساء والبنات المتضررات من الحروب
For women and girls affected by war
unicef
Italian Development Cooperation
2

Amena war 13 Jahre alt, als sie am 4. August 2014 Kämpfern des Islamischen Staates in die Hände fiel. Sie und andere Mädchen wurden von der restlichen Familie getrennt. »Sie haben die jungen Mädchen von ihren Familien getrennt und uns dann zusammen nach Mossul gebracht. Alle waren so um die 12 Jahre alt. Dort haben sie uns einzeln geholt. Sie suchten 'hübsche Mädchen' und eines Nachts war ich an der Reihe. Einer, er hieß Salih, hat mich vergewaltigt, drei Tage lang immer wieder. Dann hat er mich verschenkt - an einen 'Freund aus Syrien'. Der tat das gleiche und verschenkte mich dann an einen alten Mann. Auch der hat mich vergewaltigt. Danach wurde ich zu anderen jesidischen Mädchen an einen Platz gebracht, wo man uns verkaufte.« Insgesamt sieben Männer vergewaltigten Amena und hielten sie als Sklavin, dem letzten, ein Abu Khatab genannter IS-Kämpfer, entfloh sie, als dieser zu einem Kampfeinsatz ausrückte. Ihre Familie kaufte sie schließlich aus Syrien zurück. 45.000 Dollar wurden aus allen Ecken zusammengeliehen, um Amena freizukaufen. Seit dem 14. Dezember 2014 ist sie bei ihrer Familie in Dohuk, doch frei ist sie noch lange nicht. In ihren Träumen halten die Männer des IS sie weiter in Gefangenschaft, jede Nacht.

Geschichten wie diese sind kaum zu ertragen. Dennoch müssen sie erzählt werden, und sei es nur, um verständlich zu machen, was Menschen der Region seit dem Vormarsch des Islamischen Staates widerfahren ist. Was Amena berichtet ist typisch für unzählige andere Leidensgeschichten.

Falah Muradkhin, Projektleiter von WADI in Irakisch-Kurdistan, hat viele von ihnen gesammelt. Seit dem Sommer 2014, als die ersten jungen Frauen zurückkehrten und WADI begann, mit den Rückkehrerinnen zu arbeiten, haben Mitarbeiterinnen von WADI aufgeschrieben, was ihnen von den Frauen erzählt wurde. »Es ist wichtig zu wissen, was dort geschehen ist, für sie, für uns, für die ganze Welt«, sagt Falah. Bereits früh waren ihm und den anderen Mitarbeiter*innen klar, dass mehr geschehen muss, um den Rückkehrerinnen u helfen. Die Mobilen Teams, die in den Flüchtlingslagern zur Unterstützung der Frauen arbeiteten, waren ein wichtiger, aber doch vielfach nur ein erster Kontakt. Gemeinsam mit anderen Organisationen, die für die Jesidinnen arbeiten, begann WADI sehr früh mit der Planung an einem Zentrum, das als feste Anlaufstelle dient und konkrete Hilfe bietet.

»Das Leid ist mit der Flucht noch lange nicht zuende«, erklärt Chiman Rashid, die das Programm von WADI in Dohuk leitet. »Sie haben es schwer, in ihren Familien Verständnis zu finden für das, was ihnen widerfahren ist.« Für Gewalt an Frauen, insbesondere sexuelle Gewalt, wird in der gesamten Region vornehmlich den Frauen selbst die Verantwortung gegeben. Mädchen und Frauen, die Opfer sexueller Gewalt werden, behaften die Familie mit einem Makel. Im Falle der Jesidinnen hat die jesidische Gemeinschaft vor Ort viel getan, um der Wahrnehmung entgegenzutreten, die Rückkehrerinnen hätten die »Ehre« der Familie verletzt. Was ihnen angetan wurde, wird als Teil des Leids wahrgenommen, das allen zugefügt wurde. Das ist ein erster Schritt, reicht aber oft nicht aus.

Die schwierigen Lebensverhältnisse in den überfüllten Lagern, die vielfältigen Probleme, die zwischen den Menschen auftreten, die zu Opfern grausamer Gewalttaten geworden sind, belasten Frauen und Mädchen, deren Lebenswelt in der Regel auf die eigene Familie begrenzt ist, in besonderem Maße. Statt Unterstützung sahen sich manche sogar Beleidigungen und Demütigungen ausgesetzt. Der schwierige und eintönige Alltag in den Lagern hilft den Mädchen nicht, sich psychisch und körperlich zu erholen. Viele leiden an Depressionen und starken Schuldgefühlen; einige zeigen Suizidneigungen.

Diesen Frauen und Mädchen steht mit dem Jinda Zentrum seit August eine Anlaufstelle zur Verfügung. »Die Idee ist, den Mädchen eine Erholung von der lähmenden Atmosphäre des Lagers zu verschaffen, einen Ort, an dem sie sich zuhause fühlen. Bei uns treffen sie andere, denen es genauso geht wie ihnen. Hier guckt sie keiner schräg an, hier stellt keiner dumme Fragen.« Chiman Rashid hat ein Team von Aktivistinnen zusammengestellt, dem muslimische Kurdinnen, Jesidinnen und Christinnen angehören. Schritt für Schritt helfen sie den Frauen dabei, ins Leben zurückzufinden. Dafür bietet das Zentrum Kurse an, in denen sie eigene Kleider schneidern, malen oder sich schminken können. Sie können Englisch lernen oder einen Computer-

Workshop besuchen. Vor allem aber vermittelt das Zentrum psychologische und ärztliche Hilfe, aber auch Kontakt zu einer Rechtsberatung in den vielen Fällen, in denen familien- oder sorgerechtliche Probleme auftreten.

Eröffnung des Jinda Zentrums in Dohuk

»Es geht uns zuerst darum, sie kennenzulernen, um ihre individuellen Probleme verstehen zu können. Hierher kommen junge Frauen, die der ganzen Welt misstrauen, die Angst haben. Man kann nicht einfach hingehen und sagen, 'hier ist eine Psychologin, die hilft Dir'. Wir wollen ihnen zeigen, dass sie hier keine Angst haben müssen, dass sie uns vertrauen können.« (Chiman Rashid) Deshalb ist die Teilnahme an allen Angeboten freiwillig. Niemand muss, jede kann aber an allem teilnehmen. Manche Frauen sitzen einfach nur gerne auf der begrünten Terrasse im Schatten und sind froh über eine Pause vom immer gleichen Kreislauf aus Familie und Flüchtlingslager, Vorwürfen und Selbstvorwürfen.

Damit das klappt, bleibt das Zentrum ausschließlich Frauen vorbehalten. Männliches Wachpersonal, Fahrer oder Besucher haben zutritt nur zum Büro im Erdgeschoss. Mädchen und Frauen aus den Flüchtlingscamps werden mit einem Fahrdienst zum Zentrum und zurück gebracht.

Für viele wird das Jinda Zentrum nur die erste Station bleiben. Sie benötigen weitere professionelle Hilfe, einige sind ernsthaft erkrankt. Jinda macht es ihnen möglich, an die richtige Hilfe zu kommen und diese auch anzunehmen.

Das Jinda Zentrum wurde finanziert von UNICEF.

Afrin-School

Eine Schule für syrische Flüchtlingskinder im kurdischen Nordirak

Kinder von Flüchtlingen aus dem syrisch-kurdischen Kriegsgebiet haben in Irakisch-Kurdistan keine Möglichkeit, eine Schule zu besuchen, wenn sie und ihre Eltern nicht in einem Flüchtlingscamp leben, sondern stattdessen irgendwie privat untergekommen sind. Die örtlichen Schulen nehmen sie nicht auf, zudem sprechen die syrischen Kinder die Landessprache nicht– einen sehr anderen Dialekt des Kurdischen. Internationale Organisationen kümmern sich zumeist nur um diejenigen, die in den Camps leben. Also müssen diese Kinder sich den ganzen Tag bei der Familie langweilen und können nichts lernen.

Dieser Zustand ist unhaltbar, denn er ist nicht vorübergehend. Eine Rückkehrperspektive nach Syrien gibt es bekanntlich vorerst nicht. Die Kinder leben im Hier und Jetzt und sie brauchen Bildung. Ihre Zukunft liegt bestenfalls in Irakisch-Kurdistan, oder sie werden sich irgendwann verzweifelt auf den Weg nach Europa machen.

So haben sich einige SyrerInnen Anfang des Jahres zusammengetan und in Eigeninitiative eine Schule für ihre Kinder gegründet. Die »Afrin«-Schule befindet sich in Bainjan, einem Vorort der Großstadt Suleimaniya. Wadi-Buchhalterin Kumri Alferha erfuhr von der Aktion und begrüßte sie sofort. Sie ist selbst aus Syrien geflohen und kennt die Nöte ihrer Landsleute in Irakisch-Kurdistan. So stellte sie, auch dank ihrer Sprachkenntnisse, den Kontakt

Krieg und Flucht – Schülerzeichnung in der Afrin-Schule

her und organisierte Unterstützung. Mit Spenden sowie Hilfen von Wadi und »Reach« wurde ein Gebäude gemietet und erstes Mobiliar angeschafft. Das kurdische Erziehungsministerium übernahm die Schirmherrschaft – so konnte gewährleistet werden, dass die Abschlüsse anerkannt werden. Die kurdische Regierung steuert seitdem die Gehälter für den Direktor und zwei irakisch-kurdische Lehrer bei. Alle anderen laufenden Kosten müssen anderweitig aufgebracht werden. Alle übrigen (syrischen) Lehrer müssen leider noch ehrenamtlich arbeiten.

An der Schule wird inzwischen von der ersten bis zur achten Klasse (ab nächstem Jahr bis zur 9. Klasse) unterrichtet. Etwa 200 Kinder von 6 bis 14 Jahren besuchen den Unterricht, der vornehmlich in der Muttersprache der Kinder abgehalten wird. Neben Lesen, Schreiben, Rechnen, Englisch, Sorani-Kurdisch (die Landessprache!), Sport, Musik und Malen werden auch verschiedene Workshops angeboten, die es den Kindern ermöglichen, sich auszudrücken und traumatische Erfahrungen spielerisch zu verarbeiten.

Die Schule arbeitet erfolgreich und erfreut sich wachsender Beliebtheit. Mit der in letzter Zeit gestiegenen Anzahl der Kinder, die uns sehr freut, sind allerdings auch einige Kosten in die Höhe geschnellt, sei es für Schuluniformen, Erstausrüstungen an Schulmaterialien oder den Schülertransport, der unbedingt gewährleistet sein muss. Wadi ist es gelungen, die Aktion »Ein Herz für Kinder« für das Projekt zu gewinnen und darüber kurzfristig einige Kosten abzudecken. Doch der Bedarf einer Schule ist kontinuierlich und langfristig. Daher ist auch dies ein Projekt, das auf Ihre Privatspenden angewiesen ist.

Halabja Summer of Peace

Es war ein heißer Tag im Mai, als ein junger Mann beim Frauen in Halabja an die Türe klopfte und vorsichtig fragte: »Dürfen auch Frauen aus Syrien hierher kommen?« »Natürlich«, war die Antwort, »unser Zentrum steht allen offen«. Am nächsten Tag kam ein Bus mit rund 40 Frauen aus einem nahegelegenen Flüchtlingscamp. »Gebt uns irgendetwas zu tun«, sagten sie. Damit begann die Arbeit des Halbja Zentrums und der Nwe Organisation für Flüchtlinge in Halabja. Bereits wenige Tage später fanden sich mehr als 100 Frauen aus den umliegenden Flüchtlingscamps im Zentrum ein, fast die Hälfte von ihnen arabische Irakerinnen, die in den kurdischen Norden geflohen waren.

Mehr als anderthalb Millionen Flüchtlinge hat der kurdische Norden des Irak aufgenommen. Wohnraum ist knapp, die wirtschaftliche Krise der Region tut das ihre, die Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge zu erschweren. In Halabja haben etwa 550 Familien in den vergangenen Monaten Zuflucht gesucht, etwa 400 von ihnen aus dem arabischen Teil des Irak. Insbesondere sie bekommen immer wieder Misstrauen und Feindseligkeit zu spüren.

In Halabja hat man daher ein Zeichen gesetzt: Die Initiative »Nwe Organisation« und das Halabja Frauenzentrum riefen den Halabja Summer of Peace ins Leben, eine Kampagne, bei der arabische und kurdische, syrische und irakische Familien zusammen aktiv werden sollten. Die Kampagne umfasst Sprachkurse (Kurdisch für arabische Flüchtlinge, aber auch Arabisch für Kurden), Kurse für Flüchtlingskinder (die keinen Platz in einer öffentlichen Schule fanden), Aktivitäten für Jugendliche und eine eigene Sendung im lokalen Radiosende Radio Dengue Nwe.

Die Kampagne stieß auf große Resonanz und soll fortgeführt werden. WADI half vor einem Jahrzehnt, die Nwe Organisation zu gründen und fördert sie seitdem. Auch die Kampagne »Summer of Peace« hat WADI finanziell unterstützt.

Ganz ohne Hilfe geht es nicht.
Unterstützen Sie WADI mit Ihrer Spende.
Wadi e.V. Spendenkonto
DE43 5001 0060 0612 3056 02 | PBNKDEFF
Spenden an WADI sind steuerlich absetzbar. Bitte teilen Sie uns mit, wenn Sie eine steuerliche Spendenbescheinigung wünschen.
wadi e.V. | Herborner Str. 62 | 60439 Frankfurt/M. | 069-57002440 | info@wadinet.de